

Statement

von

Peter Driessen

Hauptgeschäftsführer

des

Bayerischen Industrie- und Handelskammertages

anlässlich

der

Bayerischen Konjunkturpressekonferenz

am 11.02.2010, 10:30 Uhr,

IHK München, Großer Konferenzraum

Erholung auf wackligen Beinen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die bayerischen Unternehmen haben ihre Lage in den vergangenen Monaten stabilisiert und sind zu Jahresbeginn deutlich zufriedener als noch im Herbst 2009. Allerdings glauben sie nicht, dass die Konjunktur weiter an Fahrt gewinnt. Die Hoffnungen sind allein auf den Export gerichtet, dagegen erwartet die Wirtschaft von der Binnennachfrage kaum Impulse. Noch immer liegt die Kapazitätsauslastung am Boden, drückt auf die Erträge und bremst die Investitionsabsichten. Auch bei der Beschäftigung sind die Weichen weiterhin auf Abbau gestellt. Dies ergab die Konjkturumfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK) unter mehr als 3.200 Unternehmen.

Der BIHK-Index, der Lage und Erwartungen der Unternehmen in einem Wert zusammenfasst, ist seit Herbst vergangenen Jahres leicht auf 102 Punkte gestiegen. Damit liegt der Index 22 Zähler höher als bei seinem historischen Tiefpunkt im Sommer 2009.

Erneut bewerten die Unternehmer ihre aktuelle Situation besser als zuvor. Der Anteil der „zufriedenen“ Unternehmer hat spürbar zugenommen und den der „unzufriedenen“ bei-

nahe erreicht. Der Saldo der Geschäftslage ist von -12 Punkten auf -4 Punkte deutlich angestiegen.

Allerdings rechnen die Unternehmen nicht damit, dass es in den kommenden 12 Monaten im gleichen Tempo weiter nach oben geht. Die Erwartungen sind nahezu unverändert. Der Saldo zwischen Optimisten und Pessimisten ist lediglich um 3 Zähler auf 9 Punkte angestiegen. In den Augen der befragten Unternehmen wird die konjunkturelle Erholung vor sich hindümpeln.

Trotz besserer Geschäfte reichen die Auftragseingänge noch immer nicht aus, um die Kapazitätsauslastung zu steigern. Dies drückt auf die Ertragslage der Unternehmen und macht Kosteneinsparungen notwendig.

Die unbefriedigende Ertragslage und die geringe Kapazitätsauslastung drücken auf die Investitionslaune. Zwar ist der Saldo der Investitionserwartungen von -20 Punkten auf -9 Punkte deutlich gestiegen. Doch fast die Hälfte der Unternehmen will ihr Investitionsvolumen lediglich konstant halten. Nur 17 % nach zuvor 14 % planen, ihre Budgets in den kommenden 12 Monaten zu erweitern. Damit wird die Investitionstätigkeit 2010 deutlich unter dem Niveau von 2008 bleiben.

Je länger die Nachfrage schwächelt, desto deutlicher werden die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt sein. Aktuell beabsichtigen 22 % der bayerischen Unternehmen Beschäftigung abzubauen, nach zuvor 26 %. Gleichzeitig ist der Anteil der Unternehmen, die zusätzliche Jobs schaffen wollen, annähernd konstant bei 9 % geblieben. Mehr als zwei Drittel wollen hingegen ihre Mitarbeiter halten. Insgesamt wird die Zahl der Jobs daher sinken und die Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten zunehmen. Dennoch gilt nach wie vor die Aussage: Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wird geringer ausfallen als der historisch scharfe Wirtschaftseinbruch hat befürchten lassen.

Auftragsniveau bleibt niedrig

Ein detaillierter Blick auf die sogenannten Spätindikatoren unserer Umfrage wie Geschäftslage, Auftragsvolumen aus dem In- und Ausland sowie Kapazitätsauslastung verdeutlicht die Entwicklung in den vergangenen sechs Monaten.

Am stärksten unter Druck ist nach wie vor die Industrie. Zwar hat sie sich von den scharfen Produktionseinbrüchen erholt und zum zweiten Mal in Folge bewerten die Unternehmen ihre Geschäftslage besser als zuvor. Der Saldo der Lageurteile ist von -29 Punkten auf -15 Punkte angestiegen. Die Unternehmen leiden jedoch weiterhin unter einer zu geringen Nachfrage und Kapazitätsauslastung: 53 % be-

werten ihren Auftragsbestand als zu gering und fast die Hälfte klagt über eine unzureichende Auslastung.

Die schwache Investitionsneigung über alle Branchen hinweg trifft vor allem die Investitionsgüterproduzenten hart. Besonders kritisch ist die Situation bei den Maschinenbauern. Zwar berichten deutlich mehr Unternehmen als zuvor über gestiegene Aufträge aus dem In- und Ausland. Auftragsbestand und Kapazitätsauslastung sind jedoch weiterhin bei mehr als 60 % der Unternehmen ungenügend.

Ebenfalls unmittelbar abhängig von der Investitionslaune der Wirtschaft sind die Bauunternehmen, die sich auf den gewerblichen Bau spezialisiert haben. Die starken Investitionskürzungen der Unternehmen im letzten Jahr haben bei ihnen zu deutlichen Auftragseinbrüchen geführt. Aber auch im öffentlichen Bau und im privaten Wohnungsbau sind die Auswirkungen zu spüren. Diese Belastungen hatten die Bauunternehmer in ihren Bewertungen im Herbst bereits berücksichtigt. Aktuell ist der Saldo der Lageurteile daher nur minimal von +7 auf +4 Punkte gesunken.

Die Erholung in der Industrie verbessert die Lage im Großhandel. Nachdem noch im Herbst die unzufriedenen Unternehmen in der Überzahl waren, gleichen sich aktuell zufriedene und unzufriedene Stimmen erstmals seit einem Jahr wieder aus.

Weniger stark abhängig von der Industrie sind die Einzelhändler. Der noch robuste Arbeitsmarkt hat bisher einen drastischen Einbruch der Kaufkraft verhindert. Doch gibt es innerhalb der Branche deutliche Unterschiede. Vor allem bei den Kfz-Händlern herrscht große Ernüchterung, denn sie spüren bereits deutlich das Auslaufen der Abwrackprämie. Demgegenüber bewerten z.B. die Möbelhändler ihre aktuelle Geschäftslage recht positiv.

Wie schon in früheren Konjunkturzyklen stabilisieren die Dienstleister die konjunkturelle Entwicklung. Hier fielen die Einbrüche weit weniger stark aus als in der Industrie. Aktuell treten sie allerdings auf der Stelle. Sie bewerten die Geschäftslage unverändert wie im Herbst 2009, bleiben damit jedoch weiterhin deutlich zufriedener als die Industrieunternehmen. Besonders positiv schätzen die personenbezogenen Dienstleister und die Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer die aktuelle Geschäftslage ein. Die Unternehmen in der Informationswirtschaft sind hingegen unzufriedener als die übrigen Unternehmen der Dienstleistungsbranchen.

Soweit die Daten zur aktuellen Situation. Doch wie geht es in den kommenden Monaten weiter?

Hoffnung beruht auf Export

Die sogenannten Frühindikatoren wie Geschäfts- und Auftragserwartungen sowie die erwartete Kapazitätsauslastung zeigen an, wohin die Entwicklung geht.

Die Industrie ist weiterhin die konjunkturelle Lokomotive. Die Unternehmen setzen vor allem auf das Auslandsgeschäft. Der Saldo der erwarteten Auftragseingänge ist von 19 auf 27 Punkte sehr deutlich angestiegen. Für das Inlandsgeschäft sehen die Unternehmen hingegen keine Belebung. Der Saldo der erwarteten Auftragseingänge aus dem Inland ist fast konstant bei 12 Punkten geblieben. Insgesamt sind die Unternehmen deshalb nur leicht optimistischer. Nachdem der Saldo der Geschäftserwartungen im Herbst äußerst stark angestiegen war, legt er aktuell nur von 15 auf 20 Punkte moderat zu.

Innerhalb der Industrie herrscht ein geteiltes Stimmungsbild: Am optimistischsten sind Hersteller von chemischen und pharmazeutischen Produkten, gefolgt von der Gummi- und Kunststoffindustrie. Auch die Maschinenbauer blicken zuversichtlicher in die Zukunft. Demgegenüber ist die Stimmung bei den Fahrzeugbauern deutlich nach unten gerauscht. Sie rechnen weder mit einer höheren Kapazitätsauslastung noch mit mehr Aufträgen. Positive Nachfrageimpulse aus dem

Ausland können die negative Inlandsentwicklung nicht kompensieren.

Sowohl Großhändler als auch Dienstleister sehen die Entwicklung ähnlich. Beide Gruppen haben ihre Prognosen gegenüber Herbst kaum korrigiert. Die Großhändler glauben nicht, dass die Erholung an Fahrt zulegt. Der Saldo der Geschäftserwartungen ist minimal um 2 Zähler auf 7 Punkte angestiegen. Trotz anderer Ausgangslage - die Dienstleister haben bei weitem nicht die Einbrüche der Industrie erlitten - teilen auch die Dienstleister diese Einschätzung. Der Saldo der Geschäftserwartungen ist bei +16 Punkten nach +14 Punkte annähernd konstant geblieben.

Im Bauhauptgewerbe werden die Geschäfte vom Investitionsverhalten der Wirtschaft, der privaten Haushalte sowie der öffentlichen Hand bestimmt. In allen Teilbereichen befürchten die Unternehmer weitere Auftragseinbrüche. Die anhaltende Skepsis im öffentlichen Bau überrascht, da die Konjunkturprogramme zusätzliche Nachfrage auslösen sollten. Das funktioniert aber offensichtlich nicht so wie geplant. Die Kommunen haben ihre Aufträge nicht in dem Maße ausgeweitet wie erhofft.

Die Einzelhändler bleiben skeptisch. Sie befürchten, dass mit steigender Arbeitslosigkeit immer mehr Kunden aus-

bleiben. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten ist von -7 Punkte auf -10 Punkte leicht gesunken.

Fazit:

Die Auswertung unserer Indikatoren lässt folgende grundlegende Aussagen zu:

- Die Erholung ist im Gange, sie wird in den kommenden Monaten jedoch nicht an Tempo zulegen können.
- Die geringe Kapazitätsauslastung drückt auf die Erträge – Beschäftigung wird abgebaut und Investitionen laufen weiter auf Sparflamme. Mittelfristig agieren die Unternehmer daher noch vorsichtig.
- Es wird einige Zeit brauchen, bis wir wieder das Wirtschaftsniveau vom Frühjahr 2008 erreichen werden.

Hemmschuhe für Aufschwung

Wir haben die Unternehmen zusätzlich gefragt, welche Risiken sie für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Unternehmens sehen. Sie finden auch diese Ergebnisse in Ihren Unterlagen. Mehrfachnennungen waren dabei möglich.

Ganz vorne landete die schwache Inlandsnachfrage. Fast 70 % der Unternehmen sehen darin die größte Gefahr für

eine Erholung. Auf Rang zwei mit 36 % der Nennungen folgen bereits die Energie- und Rohstoffpreise, gefolgt von den Arbeitskosten mit 32 %. Dagegen stufen nur 27 % der Unternehmen die Finanzierung als Risiko ein, 23 % befürchten, dass die Auslandsnachfrage ein Hemmschuh sein könnte.

Die Ergebnisse sind nur auf den ersten Blick überraschend. Doch bei genauer Betrachtung sind sie die Konsequenz einer logischen Wirkungskette:

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften sinken und die Inlandsnachfrage belasten. Der zu erwartende Anstieg der Arbeitslosigkeit verunsichert die Bürger und dämpft ihre Kaufkraft. Neben dem privaten Konsum ist die Investitionstätigkeit entscheidend für die inländische Nachfrage. Doch geringe Erträge, unausgelastete Kapazitäten und unsichere Konjunkturaussichten halten die Unternehmer von Investitionen ab. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass auch die Kommunen und Länder auf die Investitionsbremse treten, weil die Steuereinnahmen wegbrechen und die Ausgabenbelastung steigt.

Nachdem die Diskussion über die Energie- und Rohstoffpreise von der Finanzmarktkrise in den Hintergrund gedrängt wurde, sehen sich die Unternehmen jetzt wieder deutlich bewusster einem stetig steigenden Kostenblock ausgesetzt,

der noch dazu äußerst schwer zu kalkulieren ist. Seit dem Tiefstand Anfang 2009 klettern die Preise wieder kontinuierlich nach oben. Auch belasten Preisschwankungen die Kalkulationen der Unternehmen erheblich. Die Konzentration auf wenige Lieferländer, die sich zudem oftmals in politisch instabilen Regionen befinden und die Marktmacht von Förderunternehmen erschweren die Situation zusätzlich.

Ebenfalls als Risiko stufen die Unternehmen die Arbeitskosten ein. Das wundert ebenso wenig. Kurzarbeit ist für Unternehmen kostspielig und kann nur eine Brücke sein, um eine zeitlich begrenzte Schwächephase zu überwinden. Von den befragten Unternehmen bauen 30 % auf das Instrument Kurzarbeit. Immerhin hoffen davon 53 % damit die Arbeitsplätze zumindest teilweise erhalten zu können, 29 % versprechen sich sogar eine vollständige Beschäftigungssicherung. Allerdings glauben auch 18 %, dass ein Arbeitsplatzabbau damit nicht verhindert werden kann.

Eine beliebige Verlängerung der Kurzarbeit dürfte in vielen Fällen nur schwer möglich sein. Damit bleibt das Risiko hoch, dass nach Auslaufen der Kurzarbeit bei vielen Beschäftigten die Arbeitslosigkeit folgt.

Überrascht hat uns dagegen in der Umfrage, dass das Thema Finanzierung erst auf Platz vier der Risikofaktoren

gelandet ist und nicht als dringlicheres Problem gesehen wird. Momentan zeigen die aktuellen Ergebnisse, dass sich die Finanzierungsbedingungen gegenüber dem Herbst 2009 nicht verschärft haben. Wir glauben aber, dass sich die Lage zuspitzen kann. Vor allem wird es für die Unternehmen nicht leicht, mit den oft schlechten Bilanzen aus dem Rezessionsjahr 2009 in die Bankgespräche zu gehen.

Politik muss Weichen stellen

Die Politik hat die Finanzkrise und die schwere Rezession mit einem Paket von Sofortmaßnahmen erfolgreich abgemildert. Es wird jedoch mehrere Jahre dauern, bis unsere Wirtschaft wieder auf dem alten Wachstumspfad zurück ist. Hier erkennen wir allerdings keinen klaren mittelfristigen Kurs, der die Unternehmen auf diesem Weg unterstützt. In erster Linie fehlt es an Investitionen. Kurzfristig beleben Investitionen die Nachfrage, längerfristig ergänzen sie damit unsere Exportorientierung und schaffen mehr Wachstum.

Was muss konkret passieren?

- Gute Investitionsprojekte dürfen nicht an einer fehlenden Finanzierung scheitern. Die Bundesregierung sollte sich deshalb bei der EU dafür einsetzen, dass die Laufzeit des Wirtschaftsfonds Deutschland auf 2011 ausgedehnt wird.

- Die Banken sollten bei ihren Ratings verstärkt auf die Zukunftspläne und deren Plausibilität schauen und ihre Entscheidungen nicht nur mit Blick auf die abgelaufenen Geschäftsjahre fällen.
- Zudem müssen die Ratingformeln der Banken geglättet werden. Statt der letzten drei Jahre sollten die letzten fünf Jahre in die Bewertung einfließen. Einzelne Geldinstitute verfahren bereits nach diesem Schema, aber längst nicht alle. Dem Mittelstand würde es sehr nützen, wenn diese Praxis bundesweit Konsens wäre.

So zwingend notwendig die Konsolidierung des Staatshaushalts ist, so wenig darf bei Investitionen gespart werden. Dringend erforderlich sind sie für den Ausbau der Infrastruktur, mehr Bildung und Forschung sowie für den Ausbau der Kinderbetreuung. Wir haben die Konjunkturprogramme zur Belebung der öffentlichen Investitionstätigkeit ausdrücklich begrüßt. Wir sind jedoch strikt dagegen, dass nun die Kriterien bei der Mittelzuweisung aufgeweicht werden. Bislang konnte nur in den Genuss des Konjunkturprogramms kommen, wer zusätzliche – über die bereits feststehenden Maßnahmen hinaus – Projekte damit anstoßen wollte. Entfällt diese Bindung wird weder ein Nachfrageschub ausgelöst, noch wird der öffentliche Investitionsstau der vergangenen Jahre beseitigt.

Öffentliche Investitionen beleben nicht nur kurzfristig die Nachfrage, sie schaffen auch wichtige Vorteile im internationalen Standortwettbewerb. Die Folge: Unternehmer aus dem In- und Ausland investieren wieder mehr in Deutschland.

Um dies zu erreichen, muss der Arbeitsmarkt flexibilisiert werden. Die Rezepte liegen auf dem Tisch. Wir begrüßen die Ankündigung der Bundesregierung, die Wiedereinstellung von vormals befristeten Beschäftigten zu erleichtern. Zudem sollte es bei Vertragsabschluss auch möglich sein, zwischen Kündigungsschutz und Abfindung zu wählen. Den kleineren Unternehmen würde helfen, wenn die bisherige Grenze von 20 Mitarbeitern, ab der der Kündigungsschutz greift, ausgeweitet würde.

Eine wettbewerbsfähige Energieversorgung zählt zu den wichtigsten Rahmenbedingungen eines erfolgreichen Industriestandorts. Energie- und Rohstoffpreise sind vor allem für die Industrie ein großer Kostenfaktor. Energiepolitik muss Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz als gleichrangige Ziele verfolgen. Die Regeln müssen EU-weit gelten und für mehr Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt sorgen.